

Besatzungszeit

Sowjetische Besatzungszone

Als am 8. Mai 1945 die Deutsche Wehrmacht bedingungslos gegenüber den Alliierten kapitulierte, war die Zeit der Unterdrückung und des Widerstands im Geheimen für die Arbeiterbewegung zunächst vorüber. Es gab Sondierungsgespräche seitens der – noch nicht organisierten – Sozialdemokraten mit der KPD, um eine Einheitspartei der Arbeiterbewegung zu schaffen.

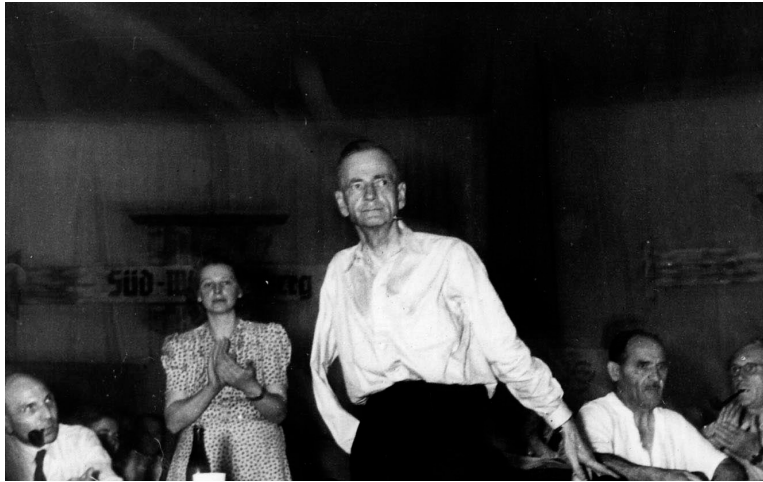
Der SPD war es verboten, ihre eigenen, bereits vor dem NS-Regime etablierten Organisationen wieder aufzubauen. Dazu blieben auch die von den Nationalsozialisten konfiszierten Besitztümer häufig in der Hand der sowjetischen Besatzungsmacht. Damit waren der SPD sämtliche Mittel und Möglichkeiten entzogen, um politisch tätig zu werden.

Trotz der Bedenken, mit Kommunisten zu fusionieren, wurde am 19. und 20. April 1946 die Einheit der beiden Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone beschlossen. Nach der Vereinigung zur SED setzte eine zunächst schleichende Verfolgung der Sozialdemokraten ein. Bereits seit 1945 waren Sozialdemokraten verhaftet und in Schauprozessen verurteilt worden. Sozialdemokratische Funktionäre und Abweichler von der Parteilinie, die zum Teil hohe Ämter und Funktionen bekleideten, wurden in einer Verhaftungswelle 1948/49 konsequent aus der SED entfernt und zu Lagerhaft, vielfach in Sibirien, verurteilt. Mit zum Teil vom Zentralkomitee der KPdSU in Moskau befohlenen Urteilen wurden 5.000 bis 6.000 Sozialdemokraten, die gegen die Vereinigung waren, in den folgenden Jahren, in diesen Lagern inhaftiert.

Westliche Besatzungszonen

Zusätzlich zur Sowjetischen Besatzungszone wurde Deutschland in drei weitere Besatzungszonen aufgeteilt: Die Amerikanische, die Britische und die Französische. Aber sehr bald kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Siegermächten, die sich vor allem in Berlin zeigten. Die drei westlichen Siegermächte schlossen sich sehr bald zusammen und bildeten einen Block gegenüber der sowjetischen Siegermacht.

Der Wiederaufbau der SPD in den drei westlichen Besatzungszonen ging unter der Führung von Kurt Schumacher voran. Dabei galt es auch den Parteivorstand im Londoner Exil mit einzubeziehen.



Als 1948 in den „westlichen“ Besatzungszonen eine Währungsreform durchgeführt wurde und die DM eingeführt wurde, zog die Sowjetische Besatzungszone wenige Tage später nach und führte die Ost-Mark ein.



Als Folge davon riegelte die Sowjetunion alle Zugänge nach West-Berlin ab. Die Westalliierten versorgten Berlin vom 24. Juni 1948 bis 12. Mai 1949 über eine Luftbrücke (Rosinenbomber).

Am 1. September 1948 trat der 65-köpfige Parlamentarische Rat in Bonn unter Vorsitz von Konrad Adenauer zusammen. Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz verkündet.

Die Bundesrepublik Deutschland war gegründet.